



Telegraphische Depeschen.

Bern, 12. Juli, Nachmittags. Der Bundesrath hat beschloffen, die eidgenössischen Truppen im Canton Tessin zu entlassen; es bleibt nur eine Wacht für die österreichischen Schiffe zurück.

Telegraphische Nachrichten.

London, 11. Juli. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Lord Russell auf eine desfallsige Interpellation Disraelis, daß der Regierung noch keine Meldung über den Waffenstillstand zugegangen sei. Er wisse daher nicht, ob derselbe ein bloß militärischer, oder ob er behufs Einleitung des Friedens abgeschlossen sei; er hoffe jedoch, es werde ein Arrangement entweder durch die neutralen Mächte oder ohne dieselben zu Stande kommen.
Im Oberhause zeigte Lord Malmesbury an, daß er künftigen Donnerstag den Antrag stellen werde, die letzte Circularnote des Grafen Cavour und die von England gegebene Rückantwort dem Hause vorzulegen.

Preußen.

Berlin, 12. Juli. [Amtliches.] Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem Archidiakon Wiltich zu Langensalza, im Regierungs-Bezirk Erfurt, den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen, und den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königl. schwedischen Hofe, von Le Coq, zum Wirkl. Geh. Rath mit dem Prädikat Excellenz zu ernennen.

Der königliche Wasserbaumeister Wernke ist zu Kosten ist zum königlichen Wasserbau-Inspektor ernannt und demselben die erledigte Wasserbau-Inspektorstelle zu Stettin verliehen worden. (St.-A.)

Berlin, 12. Juli. [Die Gerüchte], welche einen Stillstand in der militärischen Aktion Preußens als eine Folge der zwischen Frankreich und Oesterreich vereinbarten Waffenruhe in Aussicht stellen, finden ihre tatsächliche Widerlegung in dem jetzt beginnenden Ausmarsch derjenigen Truppenteile, welche ihre Aufstellung in der Mainzgegend zu nehmen bestimmt sind.

Eine zweite Thatsache, welche den oben erwähnten Gerüchten entgegensteht, ist die plötzliche Einziehung vieler in der Mitte vorigen Monats einberufenen und damals auf Ordre beurlaubten Wehrleute ersten Aufgebots.

Aus der Darstellung des amtlichen Organs der französischen Regierung erhellt ganz unzweifelhaft, daß die dem Kaiser Napoleon kundgewordenen Absichten der neutralen Großmächte, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, ihn bestimmt haben, diesen Absichten zuzustimmen. Nach allen von den verschiedensten Seiten zusammengetragenen Nachrichten ist in der That der Vorschlag gemacht und angenommen worden, ohne daß eine der neutralen Großmächte davon Kenntniß hatte, es wird in hies. militär. Kreisen selbst versichert, daß den militärischen Kommissarien, welche neutrale Mächte im franz. Hauptquartier unterhalten, und die den Auftrag hatten, den geeigneten Moment in dem kriegserregenden Prozeß wahrzunehmen und zu signalisiren, in welchem vermittelndes Dazwischentreten angezeigt erscheinen würde, die Nachricht von der abgeschlossenen Uebereinkunft durch den Kaiser der Franzosen persönlich geworden ist. Die Weisung an den Bundespräsidial-Gesandten, bei der Bundesversammlung den Antrag vom 7. Juli zu stellen, ist von dem Grafen Rechberg auf telegraphischem Wege aus Verona nach Frankfurt ertheilt worden, und wie in Frankfurt geglaubt wird, erst, nachdem FML. Fetz und Marschall Bailant über die Präliminarien des Waffenstillstandes, dessen formeller Abschluß allerdings erst am 8. erfolgt ist, bereits am 6. sich vorläufig verständigt hatten. Gleichzeitig mit der nach Frankfurt geschickten Depesche ist dem Fürsten Windischgrätz, der schon am 6. von Wien aus dem auswärtigen Ministerium ersucht worden war, seine Abreise noch zu verschieben, dasselbe Ersuchen noch über Frankfurt zugegangen. Daß Fürst Windischgrätz von dem eingeleiteten Waffenstillstande Kenntniß gehabt habe, wird hier bezweifelt, eben so wenig soll derselbe den in Frankfurt gestellten Antrag gekannt haben. Durch beide mit einander in einem nicht zu verkennenden Zusammenhang stehenden Akte ist vielmehr, wie Personen versichern, welche zu unmittelbaren Beobachtungen Gelegenheit hatten, der Fürst nicht weniger überrascht worden, wie jeder Andere hier in Berlin.

Eine hier sehr verbreitete, durch Thatsachen bis jetzt übrigens noch nicht bestätigte Auffassung läßt eine engere Verbindung der drei nicht kriegsführenden Großmächte erwarten. Eine, wie es scheint, von derselben Voraussetzung ausgehende Mittheilung, wonach ein Bevollmächtigter der englischen Regierung und Fürst Gortschakoff hier in Berlin erwartet werden, um sich mit Preußen über ein gemeinsames Programm für die Friedensverhandlungen zu verständigen, nimmt andeutende Absichten für Thatsachen. (B.-u. S.-Z.)

Berlin, 12. Juli. [Berichtigung.] Die „Norddeutsche Zeitung“ Nr. 316 erwähnt unter anderen Gerüchten auch ein lautes Geheimniß, der Graf v. Schwerin habe bei Uebnahme des Ministeriums des Innern bestimmte Bedingungen gestellt, die ihm auch schließlich zugestanden sein sollten. Es werden dann diese Bedingungen näher angegeben. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß sie, so wie das ganze Gerücht auf leeren Erfindungen beruhen. (Pr. Z.)

[Zur Tages-Chronik.] Se. königliche Hoheit der Prinz Albrecht hat sich heute Morgen von Dresden nach Ems begeben, um in diesem Kurorte morgen an der Feier des Geburtsfestes Ihrer Majestät der Kaiserin-Mutter Theil zu nehmen.

Se. königl. Hoheit der Prinz August von Württemberg hatte am Sonnabend Morgen mit der Befestigung des Feldpostamtes, die der Beamten und Mannschaften der Kriegskasse des Garde-Corps, unter Leitung des Kriegszahlmeisters Polenz, verbunden. Die Gesamtvorstellung beider Administrationen erfolgte durch den Feld-Intendanten des Garde-Corps, Grafmann. Se. königl. Hoheit sprach sich über die gute Verfassung der Wagen und über die zweckmäßige Beschirung der Pferde sehr belobigend aus.

Das Ersatzbataillon der 4. Garde-Infanterie-Brigade ist heute früh 6 1/2 Uhr mittelst Extrazuges auf der anhalter Bahn zunächst von

hier nach Wittenberg abgegangen. Der General-Feldmarschall v. Wrangel und andere höhere Militärs, so wie der Polizeipräsident v. Zedlig waren bei der Abfahrt zugegen. Während die Mannschaften die Wagen bestiegen, spielte die Musik des Kaiser Franz-Grenadier-Regiments. Das 1. Bataillon des 8. Infanterie-Regiments trat heute früh vom Dönhofsplatz aus seinen Marsch nach Wittenberg an und wird von dort aus mittelst der Eisenbahn weiter nach dem Rhein befördert. Für die Truppentransporte, die meist von Magdeburg aus erfolgen, hat die Direktion der Potsdamer Bahn der halberstädter 150 Güterwagen überlassen. Die Trainkolonne des Kaiser Alexander-Grenadier-Regiments machte gestern Nachmittag, mit Hinzuziehung einiger Artilleristen und Pioniere, auf dem Anhalter Bahnhofe Versuche mit dem Verladen der Pferde und Wagen.

Se. Durchlaucht der Feldmarschall Fürst Windischgrätz begab sich heute Mittag 12 Uhr, in Begleitung des Premier-Lieutenants von Winterfeld, nach Schloß Babelsberg.

Der Minister des Innern, Graf v. Schwerin, der General-Major v. Manneufel, der Geheim Rath Costenoble und der Polizeipräsident von Zedlig begaben sich heute Vormittag zum Vortrag nach Schloß Babelsberg.

Heute Vormittag halb 11 Uhr fand das Begräbniß des Generals der Kavallerie a. D. v. Sandrart statt, der hier im Alter von 86 Jahren und 5 Monaten verstorben war, nachdem er vor 10 Monaten seine Gattin durch den Tod verloren hatte. Am Sarge sprach im Trauerhause der Garnisonprediger Strauß und geleitete dieser auch die Leiche nach dem Invaliden-Kirchhofe. Das Leichengefolge bestand aus einigen höheren Militärs und mehreren Bezirgsgegnossen. Der General-Lieutenant Baron von Wrangel ist von Wilna hier angekommen.

Es ist allerhöchst genehmigt worden, daß die Kolonie Schanzendorf, im Kreise Bromberg des Regierungs-Bezirks Bromberg, zu einem besondern Gemeindebezirke erklärt werde. (Pr. Z.)

[Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.] Der „Leipz. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Längst schon hat vielleicht keinem unserer Ministerien eine Verstärkung durch neue befähigte Kräfte mehr Noth als dem der auswärtigen Angelegenheiten, dessen Thätigkeit bei den Verwickelungen der Gegenwart jetzt auf ganz außerordentliche Weise in Anspruch genommen wird. Mit der gewöhnlichen Geschäftsroutine, auf welche man sich hier in solchen Epochen so viel zu gute zu thun weiß, ist da wenig zu machen. An dem nun so eben auf längere Zeit, vielleicht für immer ausgeschiedenen Unterstaatssekretär, Hrn. v. Gruner, hatte Hr. v. Schlieffnig jedenfalls nur eine schwache Stütze. Der Wiedertritt des Hrn. v. Gruner in dieses Ministerium, welches er schon seit Jahren verlassen hatte, und zwar für einen so bedeutenden und mühevollen Wirkungskreis, erregte sogleich damals Bedenken. Allein er gehört vorzugsweise zu der Partei des „Preuß. Wochenbl.“, welche durch den Novemberumschwung an's Ruhr kam. Sein unstätes, etwas haltungsloses Wesen brachte ihn sogleich in jene heillose Schwanen hinein, dem zufolge man heute für gut befindet, was man morgen aus neu aufsteigenden Bedenken schon wieder verwirft, um am dritten Tage lieber zu gar keinem Entschlusse zu kommen. Dabei hegte sich der sonst vortreffliche Mann aus Dienstleifer vom frühen Morgen bis zum späten Abend in einer übertriebenen Geschäftsthatigkeit ab, und kam doch eigentlich nie recht vom Flecke. Er hat jetzt, körperlich und geistig tief erschüttert, Berlin bereits verlassen, um in der Ferne Wiederherstellung seiner geschwächten Kräfte zu suchen, und nimmt mit innigem Bedauern wenigstens die dankbare Anerkennung derer mit hinweg, welche der Redlichkeit seines Willens Gerechtigkeit widerfahren lassen. Sein Stellvertreter und wahrscheinlicher Nachfolger, Graf v. d. Goltz, erst seit kurzem Gesandter in Konstantinopel, ist eine weit ruhigere, etwas trockene Natur, auch hat er sich bereits Kenntnisse und vielfache Erfahrung in politischen Geschäften erworben und besitzt überhaupt Eigenschaften, welche ihn zu dieser schwierigen Stellung mehr befähigen als seinen Vorgänger. Man ist berechtigt von ihm mehr Entschiedenheit des Urtheils, und mithin einen günstigeren Einfluß auf die Thätigkeit und Haltung unseres auswärtigen Departements zu erwarten. Uebrigens gehört auch er, wie Herr von Gruner, zur Partei des „Preussischen Wochenblattes“. Er war vom Anfang an einer der eifrigsten Beförderer ihrer Zwecke und Tendenzen, welche er vorzüglich auch nach oben hin vermittelte. Sein Bruder ist einer der persönlichen Adjutanten Sr. königl. Hoheit des Prinz-Regenten. Daß sein Eintritt in das Ministerium mit der Nachricht von dem Abgange des Waffenstillstandes zwischen den kriegführenden Mächten zusammenfällt, mag immerhin als ein glückliches Wahrzeichen gelten, denn unsere auswärtige Politik gewinnt dadurch wieder etwas festeren Grund und Boden, und einen sicheren Ausgangspunkt.

[Gegenerklärung des Ober-Staatsanwalts Schwarz.] Die von dem Herrn Grafen v. Wartenleben in der „Gerichtszeitung“ veröffentlichte und aus dieser in verschiedene andere Zeitungen übergegangene Erklärung (S. Nr. 317 d. Ztg.) auf eine in Nr. 76 der „Gerichtszeitung“ enthaltene Notiz über eine zwischen ihm und mir in der bekannten Angelegenheit der acht Kirchenpatrone vorgenommene Erörterung ist insofern ungenau, als sie einiges verschweigt. Ich sehe mich daher zu folgender Ergänzung veranlaßt: Es war in meinem Vortrage die beiläufige Bemerkung hingeworfen worden: Von den acht Unterzeichneten des Protestes waren drei geflüchtet. Hierin fanden einige der Herren Angeklagten sich persönlich beleidigt und erluthen mich durch den Herrn Grafen von Wartenleben und einen zweiten Herrn gleichen Namens um eine Erklärung. Ich erwiderte ihnen, daß nach meiner Auffassung in jenem Worte bei dem Zusammenhange, in welchen es mit dem Proteste gebracht sei, überhaupt keine Beleidigung, am wenigsten gegen eine bestimmte Person enthalten sei, daß ich daher auch Niemanden damit habe beleidigen wollen, und daß ich es bedauere, wenn darin eine Beleidigung gefunden sein sollte. Man erklärte mir, daß dieses genüge, und legte mir eine bereits fertige schriftliche Erklärung vor, in welcher außer den von dem Herrn von Wartenleben angeführten Sätzen auch noch ein dritter davon enthalten war: Daß ich jenes Wort zurücknehme. Ich erklärte, eine solche Zurücknahme verweigern zu müssen, da ich kein anderes Wort wüßte, welches geeignet wäre, in Stelle des zurückzunehmenden meinen Gedanken correct auszudrücken. Man erwiderte, es solle auf dem

letsten Satz nicht bestanden werden. Wir kamen nun überein, daß der Satz durchstrichen, das Uebrige aber von mir unterschrieben werde. Als ich bei letzterem beschäftigt war, machte mir einer der Herren bemerklich, daß er nur seine persönliche Ansicht ausgesprochen, und nicht wisse, ob seine Committenten das genehmigen würden, oder nicht. Ich erwiderte, daß ich in letzterem Falle bedauern müßte, eine seine Committenten befriedigende Erklärung nicht abgeben zu können, und handigte ihm die inzwischen berichtete und unterschriebene Erklärung aus. Uebrigens sollte nach der ausdrücklichen und unaufgefordert gegebenen Versicherung der Herren diese Erklärung nur zur Vorlegung an die Standesgenossen dienen. Wenn dessenungeachtet Herr Graf v. Wartenleben dieselbe vollständig und wortgetreu veröffentlicht hat, und gleichwohl unmittelbar darauf erklärt, daß eine Veröffentlichung derselben jederzeit erfolgen könne, und in Frage stelle, ob dieselbe in meinem Interesse liegen würde, so ist mir das Alles unverständlich. — Da eine absichtliche Beleidigung bei einem amtlichen Vortrage ein strafbarer Mißbrauch wäre, so glaube ich es meinem Amte schuldig zu sein, jeden dahin gehenden Verdacht, auch wenn er unbegründet wäre, was an mir liegt, zu entfernen. Ich habe Jedem, der sich dafür interessirte, den Hergang in der vorbemerkten Art mitgetheilt. Die Notiz in Nr. 76 dieser Zeitung ist mir fremd und bis jetzt nicht zu Gesicht kommen. Ich erjuche Sie, Herr Redakteur, diese Zeilen in Ihr Blatt aufzunehmen. Berlin, den 10. Juli. Schwarz, Ober-Staatsanwalt. (B. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 11. Juli. [Oesterreich und die Mittelstaaten.] Der Militär-Ausschuß der Bundesversammlung hält heute Sitzung; man darf aber annehmen, daß er entweder — und das ist, weil Herr v. Usedom noch nicht zurückgekehrt ist, unbedingt das Wahrscheinlichere — Angelegenheiten von minderer Bedeutung als die beiden Anträge Preußens und Oesterreichs vom 4. bez. 7. Juli erledigt, oder daß er in Bezug auf den österreichischen Antrag einstweilen schon diejenigen Eröffnungen entgegen nehmen will, welche der österreichische Bevollmächtigte etwa zu geben angewiesen ist. Es werden dieselben, gutem Vernehmen nach, einfach darauf hinauslaufen, daß Oesterreich nicht entfernt gegen die Initiative und die zeitweilige Führerschaft Preußens etwas einwende, daß es aber nicht zugeben könne und werde, daß dabei der Weg des positiven Rechtes verlassen werde, der den vollsten Spielraum biete, alle etwa wünschenswerthen Modifikationen für den vorliegenden Fall eintreten zu lassen. Und damit dürfte Oesterreich der Ansicht auch der Mittelstaaten entgegenkommen. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 10. Juli. Das Vertrauen auf den Frieden wächst trotz des „italienischen Programms“ mit jedem Tage, und man würde sich hier nicht allzu sehr wundern, wenn der Kaiser ein gut Stück davon mit in den Kauf geben wollte. Die Art des Waffenstillstands-Abschlusses, bei welcher nicht einmal der Form wegen ein piemontesischer Commissar hinzugezogen wurde, hat bereits darauf vorbereitet, und man ist geneigt, diesen Umstand als einen Beleg für die schon länger umlaufenden Gerüchte von einem vorsichtigen Zwiespalte zwischen dem Kaiser und dem Könige Victor Emanuel anzusehen. Namentlich glaubt man, daß sich die Aufmunterung und jetzt sogar offene Unterstützung der Insurrection im Kirchenstaate von Seiten Sardiniens keinesweges der Billigung des Kaisers Napoleon erfreue, der vorsichtig genug sei, in diesen Uebergriffen Sardiniens den Versuch zu erkennen, ihm die Zügel der Bewegung aus den Händen zu spielen. Es ist allerdings bemerkenswerth, welche Art von Polemik dem „Univers“ wegen der Ereignisse von Perugia, über welche bekanntlich schon eine offizielle Darstellung erfolgt ist, den Angriffen des „Siecle“ und der „Patrie“ gegenüber erlaubt ist. Um zu beweisen, welche Glaubwürdigkeit die parteiischen und tendenziösen Erzählungen über die Grausamkeiten der Schweizer verdienen, giebt Louis Veuillot ausführliche Auszüge einer in Frankreich verbotenen und von französischen Flüchtlingen, den Freunden des „Siecle“, wie Louis Veuillot sagt, geschriebenen Broschüre, welche den Titel führt: „Untersuchung über den 2. Dezember und die nachfolgenden Thatsachen. Erstes Heft. Der pariser Staatsstreich.“ Brüssel, 1852. Druck von A. Labroue u. Comp. Der Hauptredakteur des „Univers“ berücksichtigt nur das erste Heft und citirt daraus haarsträubende Schilderungen von den Gräueltthaten, welche die französischen Soldaten und Offiziere während der Tage vom 2., 3. und 4. Dezember ausgeübt haben sollen und denen die angeblichen Schandthaten der Schweizer in Perugia nicht das Wasser reichen. Veuillot schließt seinen Artikel folgendermaßen: „Dieselbe Partei, welche so schmuckige Pamphlete schrieb, stellt nun eine Untersuchung über ihre Niederlage in Perugia an oder häuft vielmehr abermals Lügen und Verleumdungen zu demselben Zwecke auf. Alles, was diese Partei niederhält, ist schändlich. Sie hat einen alten Haß gegen alle Regierungen und ehrt nur die Soldaten, welche ihre Fürsten verrathen. Wir wissen nicht, was die „Patrie“, welche am 2. Dez. keine Befassung in ihr Bureau erhielt, heute vom Rechte des Präsidenten über die republikanischen Institutionen denkt. Wir glauben, daß sie hierin anderer Meinung ist als das „Siecle“. Jedenfalls wird sie doch zugeben, daß das Recht des Papstes über Perugia mindestens eben so gewiß war als das, dessen sich der Präsident bemächtigt. Der Papst konnte also mit vollem Rechte seine Autorität wiederherstellen. Er that es mit Gewalt, als es nicht durch Milde ging. Wir hoffen, die „Patrie“ werde nicht mehr von den Gräueltthaten in Perugia sprechen; wenn das „Siecle“ noch davon sprechen will, so werden wir es an die Untersuchungen erinnern, welche die sozialistischen Blätter nach den Junitagen gegen den „Schlächter“ Cavaignac anstellten.“ — Auch der „Constitutionnel“ bricht heute eine Lanze für die Integrität des Kirchenstaates. Herr Granier de Cassagnac sucht durch einen langen Artikel über die weltliche Macht des Papstes im „Pays“ den Nachweis zu führen, daß es unter allen Umständen weder gerecht, noch klug, noch vernünftig sein würde, die Souveränität des heiligen Vaters als eines weltlichen Fürsten zu schmälern oder wohl gar aufzuheben; die Einwohner des Kirchenstaates hätten nur das Recht, gut regiert und gut verwaltet zu werden. Solchen Anschauungen gegenüber erhalten aller

